

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 12 – Weiterentwicklung der Kindertagesstätten

Dazu sagt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

Qualität in der Kindertagesstätte ist notwendiger als Elterngeld!

Dank der PISA-Studie wird die Arbeit in den Kindertagesstätten nun auch in Deutschland endlich ernst genommen. Während in vielen europäischen Ländern ErzieherInnen bereits an den Hochschulen studieren und die Kindertagesstätten Teil des Schul- und damit des Bildungssystem sind, galt in Deutschland bis vor kurzem die Devise: Auf Kinder aufpassen kann jeder.

Kleine Gruppen und gut ausgebildete Kräfte galten bis vor kurzem als Luxus, in Schleswig-Holstein wurden sie unter anderem als teure Grüne Spielwiese bezeichnet. Heute werden diese pädagogischen Standards von der großen Koalition nicht mehr in Frage gestellt. Die neusten Ergebnisse der PISA-Studie haben noch einmal deutlich gemacht, dass Deutschland viel Nachholbedarf hat, wenn es um die Chancengleichheit unserer Kinder geht.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf will die Landesregierung ein modernes Bildungsverständnis und ganzheitlich geprägte Bildungsinhalte verbindlich für alle Kindertageseinrichtungen verankern.

Das Ziel des Gesetzes ist richtig, aber gemeinsam mit den Trägern hadern wir mit seiner Ausformulierung und mit der finanziellen Ausstattung der Kindertagesstätten. Die entscheidende Frage ist, wie der bestehende allgemeine Bildungs- und Erziehungsauftrag der Kindertagesstätten zukünftig präzisiert und flächendeckend umgesetzt werden kann.

Die bisherige Praxis ist sehr unterschiedlich – von vorbildlich bis unzureichend. Zu viele Kinder werden eingeschult, ohne dass sie in der Lage sind, dem Unterricht zu folgen. Und zu viele Grundschulen sind mit den Defiziten der Kinder überfordert und schaffen es nicht, eine individuelle Förderung statt einer reinen Wissensvermittlung zu garantieren.

1/2

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172/541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.sh-gruene.de

Nr. 320.05 / 09.11.2005

Um aus diesem Dilemma heraus zu kommen reicht der Regierungsentwurf zur Änderung des Kindertagesstättengesetz nicht.

Deshalb wird meine Fraktion im Bildungsausschuss und in den Haushaltsberatungen vier Punkte beantragen:

- Die von den freien Trägern mit erarbeiteten und beschlossenen ganzheitlichen Bildungsleitlinien müssen als solche im Gesetz verankert werden.
- Die Zusammenarbeit von Kindertagesstätte und Schule muss auf gleicher Augenhöhe passieren und auch die Arbeit in der Grundschule umfassen. Beide Institutionen müssen sich aufeinander zu bewegen und zum wechselseitigen Austausch verpflichtet werden.
- Für den Landeszuschuss für die Kindertagesstätten muss es neue Verteilungskriterien geben – es kann nicht sein, dass die Mittelverteilung mit alten Zahlen mit all ihren Schiefen bis 2010 fortgeschrieben werden soll. Hier steht immer noch eine ernsthafte Evaluation aus.
- Die individuelle Förderung von Kindern in den Kindertagesstätten nach dem Verständnis der gemeinsamen Leitlinien erfordert zusätzliche Mittel. Mittel für Fort- und Weiterbildung, Mittel für MultiplikatorInnen und Mittel für Fachberatung.

Hierzu hatten wir im rot-grünen Koalitionsvertrag das Programm „erfolgreich starten“ verhandelt. Die große Koalition hat dies auf ein reines Sprachförderprogramm reduziert. Das genügt nicht. Die Erprobung der Bildungsleitlinien in den Kindertagesstätten hat gezeigt, dass es in den Einrichtungen einen viel umfassenderen Unterstützungsbedarf gibt.

Ein Blick nach Schweden zeigt, dass unsere Kindertagesstätten nicht auf hohem Niveau jammern: In Schweden gibt es einen Personalschlüssel von 5 zu 1, bei uns sind 1,5 Kräfte für bis zu 25 Kinder zuständig.

Gerade als ehemalige Finanzpolitikerin lasse ich das Kostenargument an dieser Stelle nicht gelten: Zum einen hat meine Fraktion mit ihrem Bildungskonzept einen mutigen Vorschlag gemacht, die Gelder innerhalb des Bildungsbereiches von oben nach unten zu verlagern. Zum anderen stelle ich mit Erstaunen fest, dass die große Koalition in Berlin scheinbar 1,7 Mrd. Euro hat, um ein neues Elterngeld zu finanzieren.

Die große Koalition in Berlin setzt hier den falschen Schwerpunkt: Priorität muss die Förderung der Kinder in Kindertagesstätten und Schulen haben, erst dann können wir über eine bessere individuelle Familienförderung nachdenken.
